



HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2015

Plenum

Antrag

der Fraktion der FDP

betreffend **Energiewende in der Sackgasse - Bürgerenergiegipfel einrichten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Energiewende wirtschaftlich, technisch und ökologisch nicht in der Lage ist, die Ziele einer bezahlbaren, sauberen und sicheren Stromversorgung zu erreichen. Darüber hinaus stößt der forcierte massive Ausbau von Windkraft und Stromnetzen auf den Widerstand der Bevölkerung und wird in zahlreichen hessischen Städten, Gemeinden und Landkreisen von Bürgermeistern und Kommunalparlamenten abgelehnt.
2. Der Landtag stellt fest, dass viele Windparks mit zu optimistischen Erträgen geplant worden sind und nach Verwirklichung die Renditen für die Kommunen trotz massiver Subventionen durch die Verbraucherinnen und Verbraucher minimal bis gar nicht vorhanden sind. Der Bundesverband WindEnergie e.V. hat errechnet, dass bei 37 % der Jahresabschlüsse von Windparks ein negativer Cashflow vorliegt und weitere 35 % eine Rendite von unter 2 % aufweisen. Die Umsatzeinbrüche und Arbeitsplatzverluste in der Solarbranche lassen ebenfalls an der Zukunftsfähigkeit der Branche zweifeln.
3. Der Landtag stellt fest, dass durch die fehlenden Speichermöglichkeiten derzeit keine konventionellen Kraftwerke durch Windkraftanlagen ersetzt werden können. Auch die Stromtrasse Suedlink trägt nicht zu einer Abschaltung konventioneller Kraftwerke bei, da diese im Hintergrund mitlaufen müssen, um jederzeit die Netzsicherheit zu gewährleisten. Das Argument, der Atomausstieg werde ohne Suedlink infrage gestellt, ist allein deshalb falsch, weil Suedlink erst 2022 ans Netz gehen soll, wenn das AKW Grafenrheinfeld bereits sieben Jahre abgeschaltet sein wird.
4. Der Landtag stellt fest, dass das EEG daher faktisch kein Beitrag zu mehr Klimaschutz ist, sondern diesen laut Gutachten der Expertenkommission der Bundesregierung aus 2014 nur teuer macht.
5. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung in Kenntnis dieser Tatsachen dennoch an einem massiven Ausbau der Windkraft festhält und bis 2018 500 und bis 2050 2.300 weitere Windkraftanlagen für möglich hält. Nach Stand der Technik wären jedoch mindestens 4.000 bis 5.000 Windkraftanlagen notwendig, um die anvisierten Windstrommengen erzeugen zu können.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen neuen Energiegipfel unter Beteiligung von Bürgern und Bürgerinitiativen einzurichten. Der Energiegipfel soll ergebnisoffen und kritisch die bisherige Energiepolitik bewerten. Insbesondere sollen beraten werden: der Schutz der Menschen durch größere Abstandsgrenzen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung, der Schutz vor gesundheitlichen Gefahren durch Infraschall, der Schutz der Natur durch größere Abstandsgrenzen von Windkraftanlagen zu Vogelschutzzonen und den Habitaten besonders und streng geschützter Arten, der Schutz der hessischen Wälder vor der flächendeckenden Umwandlung zu Gebieten zur industriellen Stromproduktion, der Schutz der Landschaft und wichtiger Kulturdenkmäler im Interesse der Tourismuswirtschaft sowie die Auswirkungen des Windkraftausbaus auf die Entwicklung von Grundstücks- und Immobilienpreisen in den vorwiegend ländlich strukturierten Regionen.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 19. Mai 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch